

Schenefelder Tageblatt

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEN KREIS PINNEBERG

www.shz.de

Freitag, 10. Mai 2024 | Nr. 108 | € 1,70

shz das medienhaus



Manu Schmickler

Jetzt säen

Saatkugeln sorgen für bienenfreundliche Gärten

Rellingen – Seite 14

Nach A 23-Unfall

Polizei kritisiert Verhalten einiger Autofahrer

Kreis Pinneberg – Seite 17



Jonas Weiberg/dpa

Islamisten

Was bei der Demo morgen diesmal anders laufen soll

Hamburg – Seite 6

Condor

Unterstützung für Ferienflieger ist auf der Kippe

Wirtschaft – Seite 8

Das Wetter

☀️ 17° - 21°

Zunächst dichte Wolken, später meist freundlich

Service-Telefon (gebührenfrei)
Leser: 0800 2050 7400
Anzeigen: 0800 2050 7404



Mimi Bock

Gemeinsam für eine wehrhafte Demokratie

SCHENEFELD Beim Fest der Demokratie in Schenefeld hatte die Parteipolitik Pause. Es ging um viel mehr, um eine wehrhafte Gesellschaft. Bürgermeisterin **Christiane Küchenhof** (SPD) und Stadtpräsident **Holm Becker** (CDU) zeigten: Wenn es um die Demokratie geht, stehen sie zusammen – und zwar alle demokratischen Parteien. Was die Redner sagten, lesen Sie auf **Seite 13**

Häfen brauchen 800 Millionen Euro

Um mit der wirtschaftlichen und politischen Lage mitzuhalten, müssen Bund und Land kräftig investieren

Martin Schulte

Schleswig-Holsteins Häfen stehen vor einem großen Investitions- und Sanierungsstau: Laut Kieler Wirtschaftsministerium müssen bis 2030 ungefähr 800 Millionen Euro in die rund 30 Häfen im Land investiert werden.

So seien etwa für den Hafen Büsum rund 40 Millionen Euro erforderlich, für die Nordsee-Halligen 20 Millionen und für den Tiefwasser-Anleger auf Pellworm 40 Millionen. „Gerade in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten gewinnt der langfristige Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Hafenlandschaft zunehmend an Bedeutung. Leider drückt sich das nicht in den Mitteln des Bundes aus“, sagt Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Der Bund stelle den Küstenländern jährlich 38,5 Millionen Euro für die Seehäfen zur Ver-

Wissings gute Idee

MEINUNG



Martin Schulte
mas@shz.de

Volker Wissing läuft gewiss nicht Gefahr, Ehrenbürger Schleswig-Holsteins zu werden. Aber der umstrittene Verkehrsminister hat vor

einigen Wochen einen Vorschlag gemacht, der sinnvoll klingt – gerade aus schleswig-holsteinischer Sicht. Wissing formulierte die Idee eines „Infrastrukturfonds“, in dem die Finanzmittel für Schienen, Straßen und Wasserwege für mehrere Jahre gebündelt werden könnten. Er hätte auch die Häfen als Beispiel nennen können. Die Summen, die dort als Investitionsbedarf genannt werden, sind enorm. Und sie stehen in Konkurrenz zu vielen anderen Infrastrukturbereichen, bei denen die notwendigen Ver-

besserungen sichtbarer sind, weil sie nicht wie bei den Häfen unter der Wasseroberfläche liegen. Aus dieser Vielzahl der teuren Aufgaben auf Straße, Schiene und im Wasser darf aber kein Wettbewerb von Lobbyisten oder der vermeintlich besseren Argumente werden. Nicht nur, aber ganz besonders in Schleswig-Holstein wird es Zeit für große Investitionen. Da kann Wissing Fonds-Idee hilfreich sein. Denn wenig schadet dem Norden so sehr wie seine in vielen Bereichen marode Infrastruktur.

fügung, davon entfielen zwei Millionen auf Schleswig-Holstein. „Da muss dringend und deutlich nachgebessert werden“, fordert Madsen. Nach Angaben des Gesamtverbandes Schleswig-Holstei-

nischer Häfen (GVSH) werden im Land jährlich rund 15 Millionen Schiffsreisende gezählt und 51 Millionen Tonnen Ladung abgewickelt. Auch GVSH-Vorstand Frank Schnabel sieht „einen riesigen Investitionsbedarf bei den Häfen im Land, bei vielen ist 30 bis 40 Jahre nichts passiert“. Und die Energiewende sei nur mit funktionierenden Häfen zu schaffen: „Offshore, Onshore, Wasserstoff, all das geht nur

über das Wasser. Die Berliner Politik hat das zwar erkannt, passt aber die finanzielle Ausstattung nicht entsprechend an.“ Von den Ländern könne dies nicht gestemmt werden.

Die Bundesregierung hatte Ende März ihre nationale Hafenstrategie vorgestellt und darin die wirtschaftliche und energiepolitische, aber auch die verteidigungsstrategische Bedeutung der Häfen betont. „Diese haben haben für den Bund und die 16 Bundesländer dauerhaft höchste Priorität“, heißt es in dem Papier. Für den Kieler SPD-Bundestagsabgeordneten Mathias Stein reicht dieses Bekenntnis nicht aus: „Wir brauchen jetzt ein nationales Brot- und Butterprogramm, um die Häfen fitter zu machen. Der Bund muss mehr Verantwortung übernehmen.“

Das Land hat derweil eine eigene Hafenstrategie in Auftrag gegeben, die Ende des Jahres vorgestellt werden soll.

Seite 3

Scholz: Antwort auf Attacken ist wählen gehen

BERLIN Die Angriffsserie auf Politiker reißt nicht ab. Nach einer Attacke auf Berlins Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) wurde ein Verdächtiger vorläufig in der Psychiatrie untergebracht, wie die Berliner Generalstaatsanwalt-

schaft am Mittwoch auf der Plattform X mitteilte. Er soll einen Termin in einer Bibliothek mit einem Beutel, in dem sich ein harter Gegenstand befand, auf den Kopf geschlagen haben. Giffey wurde leicht verletzt. Der 74-Jährige sei bei der Polizei bereits bekannt, es gebe Erkenntnisse aus dem Bereich der Hasskriminalität, hieß es. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) rief dazu auf, als Ant-

wort auf die Attacken bei den anstehenden Wahlen eine Stimme abzugeben. „Angriffe auf unsere Demokratie gehen uns alle an“, sagte er in einer Videobotschaft. Man dürfe nicht tatenlos zusehen, wenn Politiker, Wahlkämpfer und Ehrenamtliche brutal attackiert würden. „Eine Antwort, die jede und jeder von uns geben kann, ist ganz einfach: Wählen gehen!“ dpa

Seite 4



KNUTZEN HOME DIE MIT DEM GRÜNEN HAUS!
16 x in Schleswig-Holstein
WWW.KNUTZEN-HOME.DE

BIS ZU 35% RABATT AUF DIE Sun*Light KOLLEKTION

PLISSEES NACH MASS

Individuelle Beratung und Aufmaß kostenlos bei Ihnen zu Hause!